

Gefangenenausbildung gesichert

Weiter Geld für Bildungszentrum in Rockenberg

FAZ 10.06.03

was. ROCKENBERG/BAD VILBEL. Die Aus- und Fortbildung von jugendlichen Strafgefangenen in der Justizvollzugsanstalt in Rockenberg ist gesichert. Das hat der Bad Vilbeler Bundestagsabgeordnete Klaus Minkel (CDU) unter Berufung auf die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) in Berlin mitgeteilt. Dabei geht es nach Angaben des Wetterauer Abgeordneten um 42 junge Leute, die von den Mitarbeitern des in Karben ansässigen Bildungszentrums auf das Berufsleben nach der Entlassung vorbereitet werden.

Die Geschäftsführung des Bildungszentrums hatte sich an Minkel gewandt, damit dieser sich für die Weiterfinanzierung ihres Projekts im Jugendgefängnis einsetze. Das Bildungszentrum ist nach eigenen Angaben seit mehr als zwei Jahrzehnten in Rockenberg in handwerklicher Ausbildung und allgemeinbildendem Unterricht tätig. 24 Leute erhalten Aus- und Weiterbildung in Metallberufen, zwölf in den Sparten Holzverarbeitung. Für ein weiteres Dutzend werden Berufsfindungsseminare angeboten. Von diesen 48 Plätzen finanzierte bislang die Arbeitsverwaltung 42, für die übrigen stellte das Justizministerium Gelder bereit. In diesem Frühjahr, so geht aus der Korrespondenz hervor, teilte die Arbeitsverwaltung dem Bildungsträger mit, die Ende Juli auslaufende Verein-

barung werde nicht verlängert. Begründet wurde dies neben finanziellen Engpässen mit dem Argument, die Arbeitsverwaltung sei für Entlassene, nicht aber für Gefangene zuständig.

Diesem Argument hatte sich auch die Wetterauer SPD-Bundestagsabgeordnete Nina Hauer angeschlossen, die in einem Schreiben an einen Mitarbeiter des Bildungszentrums erklärte, das Land sei für die Finanzierung von Bildungsprojekten in Gefängnissen zuständig und müsse seiner Verantwortung nachkommen. Zudem verwies auch sie darauf, daß die BfA in Anbetracht der schwierigen finanziellen Lage des Bundes mit weniger Mitteln auskommen müsse.

Minkel sprach von einem „Armutszugnis“, die Zukunft jugendlicher Straftäter zu ruinieren. Diese, so Minkel, hätten nach der Entlassung nur dann Chancen zur Wiedereingliederung, wenn sie mit entsprechender beruflicher Ausbildung Aussicht auf Arbeit hätten. Nun erhielt Minkel ein Schreiben von der Berliner Repräsentanz der BfA, in dem es heißt, „aufgrund geänderter Rahmenbedingungen“ könne das zuständige Arbeitsamt in Gießen das Projekt in der Jugendstrafanstalt in Rockenberg weiter fördern. Der Bundesanstalt für Arbeit seien aus dem Bundesetat zusätzliche Mittel bewilligt worden.